

Ein weiteres Schreiben an die Oberhirten der Katholischen Erzbistümer, Bistümer und der Evangelischen Landeskirchen

Im Mai 2017

Sehr geehrter Herr Erzbischof (katholische Kirche) / Sehr geehrter Herr Landesbischof (evangelische Kirche),
im Dezember 2016 erhielten Sie mein sorgenvolles Schreiben. Über die zahlreichen Reaktionen habe ich mich gefreut.

Mit dem Antwortschreiben vom Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz erhielt ich unter Anderem eine Broschüre zum Thema "50 Jahre Welttag des Friedens".

Drei Zitate aus diesem Heftchen haben mich ermutigt, Ihnen heute erneut zu schreiben.

Auf der Seite 11 schreibt Bischof Dr. Stefan Ackermann:

>>Das Völkerrecht: Ein Weg zum Frieden<<

"Unter dieses Leitwort hatte der heilige Papst Johannes Paul II. den Welttag des Friedens des Jahres 2004 gestellt. Dieses Leitwort, formuliert vor dem Hintergrund des Krieges gegen den Irak, ist von erschreckender Aktualität. Es ist daran festzuhalten:

Das Völkerrecht hält die Mittel bereit, auftretende Konflikte zwischen den Staaten zu lösen. Wir dürfen nicht nachlassen, die Gültigkeit des Völkerrechts und seiner Mechanismen zu unterstreichen. (...) Was für die Kraft des Rechtes, (...) im nationalen Rahmen gilt, ist ebenso richtig für das Völkerrecht und das ihm eingeschriebene Friedensgebot."

Auf Seite 17 schreibt Winfried Nachtwei, MdB a. D.:

"Europa war über Jahrhunderte der Kontinent der Kriege. Nach zwei Weltkriegen und Völkermord gelobten sich 1945 die Völker der Vereinten Nationen, „künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren“ (Präambel der UN-Charta).

Das Grundgesetz bestimmte 1949, dass die Bundesrepublik Deutschland „als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden in der Welt dienen“ wolle. Die europäische Integration, die Versöhnung zwischen ehemaligen Kriegsgegnern und das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland schufen eine beispiellose Friedensentwicklung in Europa.* Die deutsche Bevölkerung steht seit Jahrzehnten in ihrer ganz großen Mehrheit hinter dem Friedensauftrag des Grundgesetzes und will keinen Krieg mehr."

**Das war die "Die kurze 'scheinbar' friedliche Zeit in Europa" wie sie im sorgenvollen Schreiben auf Seite 11 beschrieben war.*

Auf Seite 14 schreibt Dr. Cesare Zucconi:

>>Dritter Weltkrieg auf Raten<<

"Die heutige Welt ist immer mehr von Gewalt und Konflikten geprägt. Wir leben in einem neuen Kontext, den Papst Franziskus sehr eindrucksvoll als „Dritten Weltkrieg auf Raten“ bezeichnet hat.

Anmerkung:

Treffender kann man den Inhalt meines sorgenvollen Schreibens vom Dezember nicht zusammenfassen.

Und nicht zuletzt lesen wir in der Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland "Aus Gottes Frieden leben - für gerechten Frieden sorgen" aus dem Jahr 2007:

"Die Gestaltung der EU als Friedensmacht ist eine Aufgabe, welche der Aufmerksamkeit und Unterstützung aller Bürger Europas und besonders auch der Kirchen bedarf."

Heute erleben wir eine Politik unserer 'Regierenden', die vom 'Feindbild Russland' geprägt, weder mit den Grundgedanken unserer Verfassung, dem Frieden zu dienen, noch mit den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen vereinbar ist.

Der politische Wille, ein friedliches Miteinander aller Völker, einschließlich Russland, in Europa aktiv zu gestalten, ist in der deutschen Politik nicht mehr zu erkennen. (Siehe auch Seite 18 im sorgenvollen Schreiben: "Die deutsche Politik....".)

Der Ausgangspunkt für dieses erneute Schreiben:

Ich stellte 42 Leuten unterschiedlichen Alters aus meinem erweiterten Umfeld folgende Fragen:

- Ist die Russland-Politik unserer Bundesregierung Friedenspolitik im Sinne der Charta der Vereinten Nationen, der Charta von Paris sowie der NATO-Russland-Grundakte?
- Ist es Politik im Sinne unserer Verfassung?

Die Ergebnisse zusammengefasst:

Zuerst haben die Fragen allgemeine Verunsicherung ausgelöst. Alle Befragten kannten die UN-Charta dem Namen nach. Die Charta von Paris kannte niemand. Von der NATO-Russland Grundakte hatten sechs der Befragten schon gehört. Den Inhalt kannte ebenfalls niemand.

- Ob die Russland-Politik der Bundesregierung als Friedenspolitik bezeichnet werden kann, wurde übereinstimmend mit 'gefühlte Nein' beantwortet.
- Ob es Politik im Sinne der UN-Charta ist, beantworteten rd. 25% der Befragten etwa so: "Ich kann es nicht begründen - aber ich denke eher nicht." Der Rest antwortet mit 'Jein'. "Man hört so viel von UNO usw. und kann sich nicht vorstellen, dass eine deutsche Bundesregierung dagegen handelt. - Aber man weiß es nicht!"
- Alle Befragten waren der Meinung, dass die deutsche Europa- und Russland-Politik unsere Verfassung nicht tangiert.

Im Anschluss erhielt jeder der Befragten das Blatt (siehe Anlage) zu lesen.

Nach der Lektüre gab es eine übereinstimmende Meinung, die mich überrascht hat:

- Was man in den Medien zur deutschen Russland-Politik hört und liest, verstößt eindeutig, gegen das, was auf dem vorgelegten Blatt zu lesen ist!
- Alle Befragten erkannten sofort, dass die Russland-Politik der Bundesregierung eher feindselig ist. Dass sie mit Friedenspolitik, so wie sie in den Grundsätzen und Zielen der UN-Charta und der Charta von Paris formuliert ist, nichts gemeinsam hat! Der Verstoß gegen die Ziele der NATO-Russland-Grundakte war für alle Befragten so offensichtlich, wie sie es nicht für möglich gehalten hätten!

Ein Fazit:

Was normale Friedenspolitik ist, was sie ausmacht und was nicht dazu gehört, ist im Bewusstsein vieler Menschen eher unscharf ausgeprägt oder teilweise verloren gegangen. Hier haben die russlandfeindlich manipulierten Massenmedien im Lauf der Jahre sicher ihren Anteil geleistet. - Siehe auch ab Seite 18 im sorgenvollen Schreiben: "Die deutsche Politik....".

Im letzten Abschnitt meines Schreibens stand die Frage:

"Was können die Kirchen dafür tun, dass im 'Gemeinsamen Haus Europa' wieder ein normales, friedensorientiertes Miteinander aller Staaten entsteht?" Und weiter:

"Mein großer Traum ist eine gemeinsame Initiative der Kirchen für den Frieden im 'Haus Europa'."

Als Schlussfolgerung aus der oben beschriebenen Befragung hätte ich einen Vorschlag.

Zuerst drei Vorbemerkungen:

- Man weiß heute, dass eine Demokratie, um gesund zu bleiben, den 'wissenden Bürger' bzw. die gut informierte Zivilgesellschaft braucht. - Auch und vor allem zur wichtigsten Frage für alle Menschen, der Frage von Frieden und Krieg!
- Dazu das Fazit aus meiner kleinen Befragung: "Was normale Friedenspolitik ist, was sie ausmacht und was nicht dazu gehört, ist im Bewusstsein vieler Menschen eher unscharf ausgeprägt oder teilweise verloren gegangen."
- Und die Feststellung: Diese Wissenslücke hilft unseren 'Regierenden' dabei, ihre kriegerische Russland-Politik weiter zu führen.

Daraus folgt: Eine breite Wissensvermittlung zu den internationalen Vereinbarungen, die abgeschlossen worden sind, um Europa in eine friedliche Zukunft zu führen, ist ganz sicher ein kleiner Beitrag für den Frieden in unserem gemeinsamen Haus Europa.

Dabei würde ich die Vermittlung auf die friedensstiftende Grundidee, den 'Geist' der Vertragswerke beschränken. Nach meinen Erfahrungen verstehen die normalen Menschen diese einfachen Zusammenhänge sehr schnell. - Ich könnte mir vorstellen, dass die Anlage zu diesem Schreiben ausreichend Stoff dafür bietet.

Einen Schwerpunkt sehe ich auch darin, den Unterschied zwischen der Erfüllung einer Vereinbarung 'nach Treu und Glauben' im Gegensatz zur formaljuristischen Erfüllung 'nach den Buchstaben' deutlich zu machen:

Während das Erste den Willen zur Erfüllung der Vereinbarung beweist, steht das Zweite für das Gegenteil!

Die Wissensvermittlung mit den spezifischen Möglichkeiten der Kirchen hat eine Jahrhunderte alte Tradition.

Ich denke, wenn die großen christlichen Kirchen Information, Aufklärung sowie offene Gespräche zum Thema 'Friedenspolitik für Europa im Kontext der aktuellen deutschen Politik', gemeinsam abgestimmt auf die Tagesordnung setzen, könnten sehr viele Menschen erreicht und zum kritischen Nachdenken angeregt werden,

Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung

Rüdiger Höhne

Anlage

1. Die Charta der Vereinten Nationen

KAPITEL I - Ziele und Grundsätze

Artikel 1

Die Vereinten Nationen setzen sich folgende Ziele:

(1) den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren und zu diesem Zweck wirksame Kollektivmaßnahmen zu treffen, um Bedrohungen des Friedens zu verhüten und zu beseitigen, Angriffshandlungen und andere Friedensbrüche zu unterdrücken und internationale Streitigkeiten oder Situationen, die zu einem Friedensbruch führen könnten, durch friedliche Mittel nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrechts zu bereinigen oder beizulegen.

(2) freundschaftliche, auf der Achtung vor dem Grundsatz der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker beruhende Beziehungen zwischen den Nationen zu entwickeln und andere geeignete Maßnahmen zur Festigung des Weltfriedens zu treffen; (...)

Artikel 2

Die Organisation und ihre Mitglieder handeln im Verfolg der in Artikel 1 dargelegten Ziele nach folgenden Grundsätzen:

(1) Die Organisation beruht auf dem Grundsatz der souveränen Gleichheit aller ihrer Mitglieder.

(2) Alle Mitglieder erfüllen, um ihnen allen die aus der Mitgliedschaft erwachsenden Rechte und Vorteile zu sichern, nach Treu und Glauben die Verpflichtungen, die sie mit dieser Charta übernehmen.

(3) Alle Mitglieder legen ihre internationalen Streitigkeiten durch friedliche Mittel so bei, dass der Weltfriede, die internationale Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden.

2. Die Charta von Paris

"Die Charta von Paris für ein neues Europa ist ein grundlegendes internationales Abkommen über die Schaffung einer neuen friedlichen Ordnung in Europa nach der Wiedervereinigung Deutschlands und die Einstellung der Ost-West-Konfrontation."

In der Präambel kann man lesen: "Das Zeitalter der Konfrontation und der Teilung Europas ist zu Ende gegangen. Wir (*die Regierungschefs*) erklären, dass sich unsere Beziehungen künftig auf Achtung und Zusammenarbeit gründen." (Quelle Wikipedia)

3. Die NATO-Russland-Grundakte

Im Mai 1997 wurde die „Grundakte über Gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen der Nordatlantik-Vertragsorganisation und der Russischen Föderation“ unterschrieben.

Dort heißt es:

„Die NATO und Russland betrachten einander nicht als Gegner. Sie verfolgen gemeinsam das Ziel, die Spuren der früheren Konfrontation und Konkurrenz zu beseitigen und das gegenseitige Vertrauen und die Zusammenarbeit zu stärken.“

4. Die Verfassung der Bundesrepublik

In der der Präambel des Grundgesetzes ist zu lesen:

"Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben."